

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

siehe Formular PCT/ISA/220

PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
siehe Formular PCT/ISA/220

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen PCT/DE2004/002191	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 01.10.2004	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 02.10.2003
---	---	--

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
C09D185/04, C08K3/00

Anmelder
FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER ...

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- Feld Nr. II Priorität
- Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erforderliche Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationalen Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

West, N

Tel. +49 89 2399-7582



Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
 - Sequenzprotokoll
 - Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
 - in schriftlicher Form
 - in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
 - in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
 - zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
 - bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

Feld Nr. II Priorität

1. Das folgende Dokument ist noch nicht eingereicht worden:

- Abschrift der früheren Anmeldung, deren Priorität beansprucht worden ist (Regel 43bis.1 und 66.7(a)).
- Übersetzung der früheren Anmeldung, deren Priorität beansprucht worden ist (Regel 43bis.1 und 66.7(b)).

Daher war es nicht möglich, die Gültigkeit des Prioritätsanspruchs zu prüfen. Der Bescheid wurde trotzdem in der Annahme erstellt, daß das beanspruchte Prioritätsdatum das maßgebliche Datum ist.

- 2. Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung der beanspruchten Priorität erstellt worden, da sich der Prioritätsanspruch als ungültig erwiesen hat (Regeln 43bis.1 und 64.1). Für die Zwecke dieses Bescheids gilt daher das vorstehend genannte internationale Anmelde datum als das maßgebliche Datum.
- 3. Es war nicht möglich, die Gültigkeit des Prioritätsanspruchs zu überprüfen, da der Internationalen Recherchenbehörde zum Zeitpunkt der Recherche keine Kopie des Prioritätsdokuments zur Verfügung stand (Regel 17.1). Dieser Bescheid wurde daher unter der Annahme, dass das für die Prüfung relevante Datum der beanspruchte Prioritätstag ist, erstellt.

4. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit	Ja: Ansprüche 1-14,19 Nein: Ansprüche 15,16-18,20-21
Erforderliche Tätigkeit	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-21
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-21 Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Es wird auf die folgenden Dokumente (**D**) verwiesen:

- D1:** US-B1-6 251 961 (PIRIG WOLF-DIETER ET AL) 26. Juni 2001 (2001-06-26)
- D2:** EP-A-0 878 520 (FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT ZUR FOERDERUNG DER; FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT ZU) 18. November 1998 (1998-11-18)
- D3:** US-B1-6 620 349 (LOPEZ RICHARD A) 16. September 2003 (2003-09-16)

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Neuheit:

Dokumente **D2** und **D3** offenbaren den Zusatz von keramisierenden Additiven (**D2:** siehe Beispiele) (**D3:** Beispiele und Spalte 6, Zeile 63 - Spalte 7, Zeile 15) zur Darstellung von Brandschutzmitteln, welche zu einem volumenausbildbaren (d.h. nicht, daß die Zusammensetzung ein Volumenbildner enthält) Brandschutzmittel zugegeben werden.

Aufgrund dessen, ist der in den Ansprüchen 15-18 und 20-21 beanspruchte Gegenstand nicht neu (Artikel 33(2) PCT).

2. Erfinderische Tätigkeit:

Dokument **D1** wird als nächstliegender Stand der Technik angesehen.

D1 offenbart eine Branschutzmittelzusammensetzung beinhaltend einen Volumenbildner und ein Branschutzmittel.

Das unterscheidende Merkmal zwischen den Offenbarungen aus der **D1** und dem in den Ansprüchen 1-14 und 19 beanspruchte Gegenstand ist, daß die vorliegenden Anmeldung den Zusatz eines keramisierenden Additivs beansprucht.

Es ist anzumerken, daß die Anmelderin nicht gezeigt hat, daß der Einsatz von keramisierenden Additiven mit einem unerwarteten technischen Effekt verbunden ist.

Der Beschreibung fehlt es an entsprechenden Vergleichsversuchen, so daß nicht ersichtlich gemacht wurde, daß die beanspruchten Brandschutzmittelzusammensetzungen eine technische Verbesserung darstellen.

Aufgrund dessen, muß die objektive Aufgabe, im Lichte der Offenbarungen der **D1**, lediglich als Bereitstellung einer Alternative angesehen werden.

Der Fachmann der dieses Problem zu lösen versuchte, war sich den Offenbrauungen aus der **D2** und aus der **D3** bewußt, wo keramisierende Additive als Brandschutzmittel bereits Verwendung finden. Aufgrund dessen, brauchte der Fachmann nicht erfinderisch tätig zu werden um die Anwendbarkeit irgend eines anderen Brandschutzmittels in den Zusammensetzungen, wie sie aus der **D1** bekannt sind, zu untersuchen.

Aufgrund dessen fehlt es dem in den vorliegenden Ansprüchen 1-14 und 19 beanspruchte Gegenstand der erforderlichen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

3. Um die Prüfung von geänderten Anmeldungsunterlagen im Hinblick auf evtl. unzulässige Erweiterungen zu erleichtern, wird die Anmelderin gebeten, die durchgeführten Änderungen, unabhängig davon, ob es sich um Änderungen durch Hinzufügen, Ersetzen oder Streichen handelt, deutlich aufzuzeigen und anzugeben, auf welche Stellen in der ursprünglich eingereichten Anmeldung sich diese Änderungen stützen.